STADT MEERBUSCH

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Rates am 14.12.2017
(10. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung 6

1 Einwohnerfragestunde 6

2 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch / Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (2) und 13a BauGB Vorlage: FB4/0700/2017 6

3 3. v. Ä. des Bebauungsplanes Nr. 51BD, Im Bachgrund, Meerbusch-Büderich; Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 BauGB Vorlage: FB4/0727/2017 8

4 Bebauungsplan Nr. 301, Meerbusch-Lank-Latum, Fronhofstraße / Gonellastraße Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses / alternativ: Durchführung einer Planungswerkstatt Vorlage: FB4/0651/2017/1 9

5 IX. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 Vorlage: FB5/0699/2017 10

6 XXXIX. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren Vorlage: FB5/0704/2017 11

7 V. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012; Hier: Änderung der Gebührentarife Vorlage: SB11/0694/2017 12

8 Abfallentsorgungsgebühren 2018 Vorlage: DezIII/0688/2017 12

9 I. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Meerbusch vom 25. Mai 2012 Vorlage: DezIII/0698/2017 12

10 Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zur Beseitigung von 3 Bahnübergängen in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB5/0710/2017 13

11 Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch Vorlage: FB5/0676/2017/1 13

12 II. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB3/0714/2017 14

13 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2018 Vorlage: SFI/0731/2017 14

14 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Vertreter der "Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind" Vorlage: ZD/0729/2017 18

15 Anträge 19

15.1 Antrag der UWG- Fraktion vom 20.11.2017 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0186/2017 19

15.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 4. Dezember 2017 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0189/2017 19

15.3 Antrag der UWG-Fraktion betr. Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken Vorlage: ZD/0188/2017 20

16 Anfragen 20

16.1 Anfrage der SPD-Fraktion bez. sozialerWohnungsbau Vorlage: ZD/0100/2017 20

17 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle 20

18 Termin der nächsten Sitzung 20

19 Verschiedenes 20

19.1 Nutzung eines Gewerbeobjektes zu Übernachtungszwecken 20

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Anwesend:

Stellv. Vorsitzender

Herr Leo Jürgens	Erster stellv. Bürgermeister	

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied	
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 19
Frau Marlies Homuth-Kenklies	Ratsmitglied	
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied	
Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied	
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
Frau Katja Schulz	Ratsmitglied
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Frau Rita Henning	Ratsmitglied
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Herr Michael Betsch	Bereichsleiter Servicebereich 11
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien
Herr Michael Marschall	Personalrat

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Bürgermeisterin

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der 1. stellvertretende Bürgermeister Leo Jürgens auf einen Antrag der SPD-Fraktion auf Ausschussumbesetzung hin, der unter TOP 15.2 mit Einverständnis des Rates behandelt wird.

Außerdem liegt ein Antrag der UWG-Fraktion bez. Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken vor. 1. Stellvertretender Bürgermeister Jürgens weist daraufhin, dass der Antrag verspätet eingegangen ist und fragt, ob der Rat in dieser Angelegenheit eine Dringlichkeit sieht. Ratsherr Damblon erklärt, dass er hier keine Dringlichkeit erkennen könne, sodass man den Antrag auch in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschuss beraten könne. Zudem habe die Thematik in der Fraktion nicht beraten werden können. Ratsherr Peters erklärt, dass man sich inhaltlich anschließen könne, jedoch sehe er auch keine Dringlichkeit. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sieht auch keine Dringlichkeit, regt jedoch an, mit den örtlichen Bauern schon mal seitens der Verwaltung Kontakt aufzunehmen, um sie für dieses Thema zu sensibilisieren. Abschließend wird vereinbart, dass Thema im nächsten Bau- und Umweltausschuss zu beraten. Technischer Beigeordneter Assenmacher wird einen Sachverständigen der Landwirtschaftskammer zu dieser Sitzung einladen. Ratsherr Peters regt an, mit der Thematik auch den Ausschuss für Planung und Liegenschaften zu befassen, da die Pachtverträge mit den Landwirten in die dortige Zuständigkeit fallen.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Jürgens lässt über die Dringlichkeit des Antrages der UWG-Fraktion beschließen:

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		24	
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**4**	**46**	

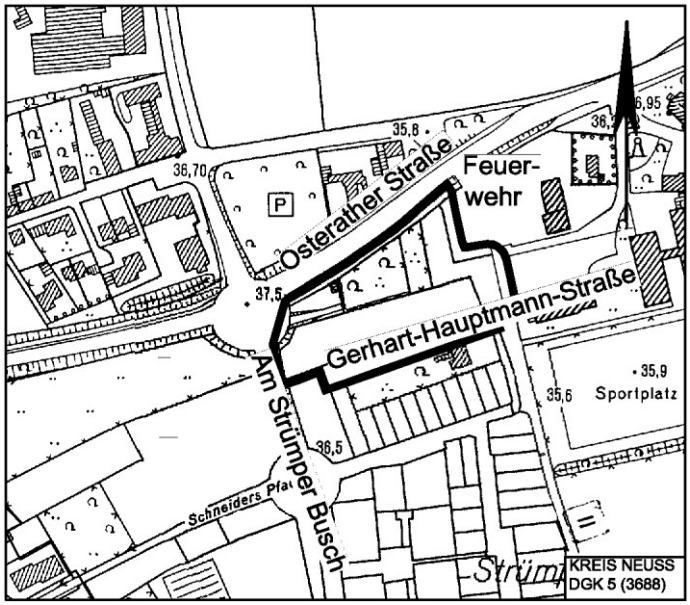
Weiterhin liegt eine Anfrage der SPD-Fraktion bez. bezahlbarer Wohnraum vor, die unter TOP 16.1 beantwortet wird. Es besteht Einvernehmen, dass die Antworten dem Protokoll beigefügt werden.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohner werden keine Fragen an den Rat gerichtet.

2 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch / Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (2) und 13a BauGB
Vorlage: FB4/0700/2017



Beschluss:

Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) in Verbindung mit §§ 1 (8) und 13a Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808),
für ein Gebiet, das

- im Westen durch die Straße „Am Strümper Busch",
- im Norden durch die Osterather Straße (L 154),
- im Osten durch die vorhandene Lärmschutzanlage und
  im Süden durch die südliche Begrenzungslinie der Gerhart-Hauptmann-Straße und den Schneiderspfad begrenzt ist,

maßgebend ist der in der 2. Änderung des Plans Nr. 276 dargestellte Geltungsbereich gemäß § 9 (7) BauGB, der Bestandteil dieses Beschlusses ist,

die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 276 Am Strümper Busch / Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp aufzustellen,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

- Entwicklung von Wohnbauflächen
- Neuordnung der Baufelder

Der Rat der Stadt beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**44**	**6**	

Ratsherr Damblon berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften. Ratsherr Rettig begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion damit, dass die Fläche auch zukünftig als Reservefläche zur Flüchtlingsunterbringung vorgehalten werden sollte.

3 3. v. Ä. des Bebauungsplanes Nr. 51BD, Im Bachgrund, Meerbusch-Büderich; Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 BauGB
Vorlage: FB4/0727/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) in Verbindung mit §§ 1 (8) und 13 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634),

für ein Gebiet, das die Grundstücke umfasst, die sich angrenzend an die Wendeanlage „Am Meerkamp“ befinden

und das

- im Westen durch die Ostgrenze der Baugrundstücke an der Straße „Hohegraben weg“
- im Norden durch die Südgrenze der Baugrundstücke an der Straße „Auf den Steinen“
- im Osten durch die Westgrenze der Baugrundstücke an der Straße „In der Meer“ und
- im Süden durch die Nordgrenze der Baugrundstücke an der Straße „Am Meerkamp“ sowie durch die Straßenverkehrsfläche „Am Meerkamp“ begrenzt wird,

maßgebend ist der in der 3. vereinfachten Änderung des Plans Nr. 51 BD dargestellte Geltungsbereich gemäß § 9 (7) BauGB, der Bestandteil dieses Beschlusses ist,

die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 51 BD Im Bachgrund aufzustellen,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

Sicherung des Gebiets als hochwertigen Büro- und Verwaltungsstandort

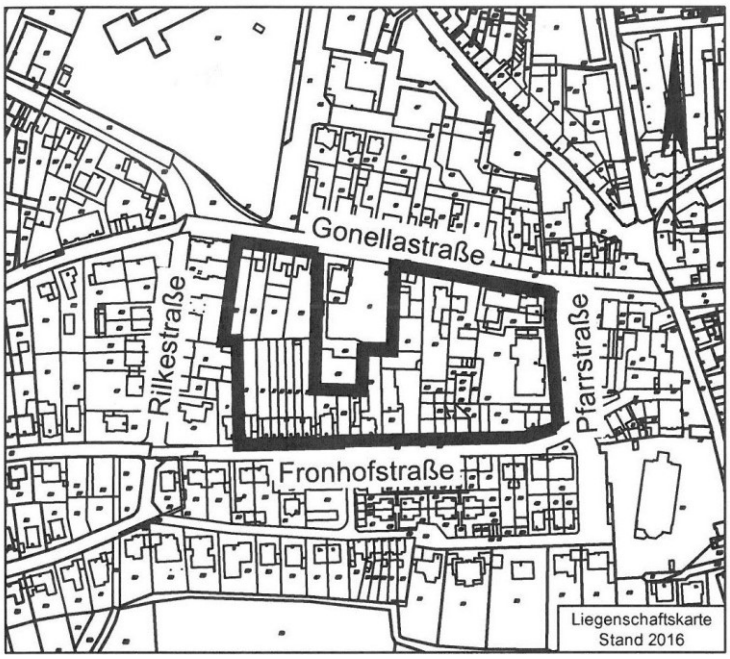
Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

4 Bebauungsplan Nr. 301, Meerbusch-Lank-Latum, Fronhofstraße / Gonellastraße Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses / alternativ: Durchführung einer Planungswerkstatt Vorlage: FB4/0651/2017/1

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens übergibt den Vorsitz an den Zweiten stellvertretenden Bürgermeister Eimer und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.



Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt seinen am 29.05.2013 gefassten und am 28.04.2016 erneut gefassten Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Gebiet, das durch die Fronhofstraße, die Gonellastraße, die Pfarrstraße und im Westen durch die westlichen Grenzen der Hausgrundstücke Gonellastraße Nr. 42 und Fronhofstraße Nr. 55 begrenzt ist; zunächst nicht aufzuheben.

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 301 an einer gedachten Linie zwischen Gonellastraße 28 und Fronhofstraße 37a in zwei Bereiche zu teilen. Der östliche Teil des Geltungsbereiches soll zeitnah städtebaulich neu strukturiert und das Verfahren weiter geführt werden, die städtebaulichen Entwicklungen im westlichen Teil sollen zunächst ruhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	**Nein**	**Enthaltungen**
CDU	23		
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		4	
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**29**	**20**	

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass eine Teilung des B-Planes nicht sinnvoll erscheine und die Verwaltung hiermit mit zusätzlicher Arbeit belastet würde.

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens übernimmt wieder den Vorsitz.

5 IX. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008
Vorlage: FB5/0699/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Schmutzwassergebühr für das Jahr 2018 wird auf 2,22 €/m³, die Niederschlagswassergebühr für das Jahr 2018 wird auf 0,99 €/m² festgesetzt. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2018 wird Gegenstand des Beschlusses.

2. Bei der Kalkulation der Schmutzwassergebühr wird die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2016 zu 50%, das sind 96.942,83 €, kostenmindernd vorgetragen. Die verbleibenden 10 % der Überdeckung aus dem Betriebsergebnis 2015 (39.737,13 €) werden kostenmindernd vorgetragen.

3. Bei der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr erfolgt aus der Überdeckung der Betriebskostenabrechnung 2015 ein kostenmindernder Vortrag in Höhe von 40%, das sind 186.054,64 €.

4. Die Jahresgebühr für das Ablesen der Wasserzwischenzähler, den Ersteinbau des Wasserzwischenzählers und die Zählerauswechslung im Rahmen des Eichgesetzes wird auf 25,76 € festgesetzt.

5. Die IX. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 (Anlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	**Nein**	**Enthaltungen**
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**44**	**6**	

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss. Ratsherr Rettig erklärt, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werden, da der kalkulatorische Zins mit 6% berechnet werde.

6 XXXIX. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB5/0704/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Anteile der Allgemeinheit an den einzelnen Straßengruppen werden wie folgt festgesetzt:

   a) Anliegerstraßen 2 %
   b) Fußgängerzonen 67 %
   c) Innerörtliche Straßen 21 %
   d) Überörtliche Straßen 30 %

1. Vom Betriebsergebnis 2014 fließen jeweils die verbleibenden 50% der Unterdeckung bei den Anliegerstraßen (-8.245,34 €) und bei den Fußgängerzonen (-866,62 €) kostensteigernd in die Kalkulation 2018 ein. Die Überdeckungen werden bei den Innerörtlichen Straßen zu 70% (36.570,27 €) und bei den Überörtlichen Straßen zu 80% (22.075,52 €) kostenmindernd vorgetragen. Vom Betriebsergebnis 2015 fließen bei den Anliegerstraßen 30% (4.512,92 €) kostenmindernd ein. Vom Betriebsergebnis 2016 werden bei den Innerörtlichen Straßen 100% der Unterdeckung (-16.398,19 €) kostensteigernd berücksichtigt.

2. Die Gebührensätze je Meter Grundstücksseite werden wie folgt festgesetzt:

   a) Anliegerstraßen 1,72 €/m (2017: 1,76 €/m)
   b) Fußgängerzonen 10,22 €/m (2017: 10,89 €/m)
   c) Innerörtliche Straßen 4,22 €/m (2017: 4,98 €/m)
   d) Überörtliche Straßen 3,71 €/m (2017: 4,60 €/m)

3. Die XXXIX. Änderungssatzung (Anlage) und die zugehörigen Änderungen zum Straßenverzeichnis (Anlage) werden beschlossen.
   Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	**Nein**	**Enthaltungen**
CDU	24		
SPD	10		
FDP	5	1	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**49**	**1**	

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

7 V. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012;
Hier: Änderung der Gebührentarife
Vorlage: SB11/0694/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die V. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung (Anlage) mit einer Erhöhung der Gebührentarife um durchschnittlich 3,73 % bei einem Kostendeckungsgrad von 80,08 %. Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	9		1
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		4	
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**39**	**10**	**1**

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss. Ratsherr Rettig weist darauf hin, dass seine Fraktion dafür plädiere, den Kostendeckungsgrad zu senken, um die Gebühren einigermaßen erträglich zu gestalten, zudem durch den Friedwald weitere Konkurrenz zu erwarten sei.

8 Abfallentsorgungsgebühren 2018
Vorlage: DezIII/0688/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Gebührensätze nach § 4 der Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren im Jahr 2018 beizubehalten.

Die Gebührenkalkulation 2018 wird Gegenstand dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

9 I. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Meerbusch vom 25. Mai 2012
Vorlage: DezIII/0698/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt die I. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Meerbusch (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

10 Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zur Beseitigung von 3 Bahnübergängen in Meerbusch-Osterath
Vorlage: FB5/0710/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die Kreuzungsvereinbarung mit der DB Netz AG und dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen abzuschließen.

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die daraus folgenden Planungs- und Baudurchführungsvereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss. Ratsherr Peters erklärt, dass seine Fraktion trotz Bedenken zustimmen werde. Die zugrundeliegende Planung sei schon sehr alt und aus heutiger Sicht zu Autolastig.

11 Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Meerbusch
Vorlage: FB5/0676/2017/1

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz einen gebührenpflichtigen Parkplatz einzurichten. Die Bewirtschaftung wird mittels Parkscheinautomaten erfolgen. Die Gebühren sollen 1,- € pro Stunde betragen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchen öffentlichen Parkplätzen und in welcher Form im Umfeld des Dr.-Franz-Schütz-Platzes die Einführung einer gestaffelten Parkscheibenregelung notwendig ist.

3. Elektrisch betriebene Fahrzeuge werden von den Parkgebühren auf öffentlichen Stellplätzen befreit.

4. Carsharing Fahrzeuge werden von den Parkgebühren auf öffentlichen Stellplätzen befreit.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Satzung zu erstellen und die Umsetzung (Parkscheinautomaten, Beschilderung) vorzubereiten.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, den ruhenden Verkehr nach der Einführung der Parkraumbewirtschaftung engmaschig zu kontrollieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**44**	**6**	

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

12 II. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB3/0714/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte II. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Kox berichtet aus dem Ausschuss für Schule und Sport.

13 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2018
Vorlage: SFI/0731/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der Haushaltssatzung 2018 mit Anlagen gem. § 80 Abs. 4 GO NW in der vom Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfohlenen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		

UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**34**	**16**	

Stellvertretender Bürgermeister Jürgens verweist auf die ergänzende Vorlage zur heutigen Sitzung, in die die Beratungsergebnisse der 2. Lesung der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 7. Dezember 2017 eingearbeitet wurden sowie auf die Veränderungsliste und die Liste der Sperrvermerke. Er bittet diese in die weitere Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Stellvertretender Bürgermeister Jürgens stellt fest, dass keine Einwendungen gem. § 80 Abs. 3 GO NRW gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2018 erhoben wurden.

Zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2018 sprechen für die CDU-Fraktion Ratsherr Damblon, für die SPD-Fraktion Ratsfrau Niederdellmann-Siemes, für die FDP-Fraktion Ratsherr Jörgens, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Quaß, für die UWG-Fraktion Ratsfrau Henning. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann ruft Stellvertretender Bürgermeister Jürgens die einzelnen Produktbereiche zur Abstimmung auf.

Produktbereich 010 Innere Verwaltung, Seite 79

Abstimmungsergebnis:

	Ja	**Nein**	**Enthaltungen**
CDU	24		
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**34**	**16**	

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung, Seite 167

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben, Seite 193

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft, Seite 279

Abstimmungsergebnis:

	Ja	**Nein**	**Enthaltungen**
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			

Gesamt	**44**	**6**	

Produktbereich 050 Soziale Leistungen , Seite 321

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		10	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**40**	**10**	

Produktbereich 060 Kinder, Jugend-/Familienhilfe, Seite 369

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 080 Sportförderung, Seite 425

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation, Seite 441

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		4	
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**40**	**10**	

Produktbereich 100 Bauen und Wohnen, Seite 459

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		10	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**40**	**10**	

Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung, Seite 477

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	14		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		4	
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**40**	**10**	

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/-anlagen, ÖPNV, Seite 513

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		10	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		4	
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**36**	**14**	

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege, Seite 583

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		4	
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**40**	**10**	

Produktbereich 140 Umweltschutz, Seite 609

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 150 Wirtschaft und Tourismus, Seite 619

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	1	3	
Die Linke/Piraten			

Gesamt	**41**	**9**	

Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite 639

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke/Piraten			
Gesamt	**34**	**16**	

Produktbereich 170 Stiftungen, Seite 661

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Haushaltsbegleitbeschluss zur Sanierung der Radwege (7.12001009):

1. haushaltsmäßige Umsetzung der Maßnahmen gemäß Radverkehrskonzept
2. von 5,2 Mio. € entfallen lediglich 1,3 Mio. € auf Maßnahmen an Gemeindestraßen. 3.9 Mio. € entfallen auf Maßnahmen, bei denen die Stadt nicht Träger der Straßenbaulast ist.
   Auftrag an die Verwaltung
   2.1 die notwendigen Voraussetzungen nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben im Laufe des Jahres 2018 zu schaffen, damit eine finale Veranschlagung im Finanzplanungszeitraum ab 2019 erfolgen kann,
   2.2 die Zuschüsse, die für die Maßnahmen in verschiedenen Fördertöpfen bereitstehen, zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14 Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Vertreter der "Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind"
Vorlage: ZD/0729/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt im Jugendhilfeausschuss bei den „Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind“ folgende Ausschussumbesetzung:

Ordentliches Mitglied	streiche	Daniel Marzinzik
	setze	Dr. Andreas Drexler

einstimmig

Stellvertretender Bürgermeister Jürgens teilt den Ratsmitgliedern weiterhin mit, dass es beim Jugendamtselternbeirat einen Wechsel im Vorsitz gegeben hat, neuer Vorsitzender und somit ordentliches beratendes Mitglied ist Herr Dr. Andreas Doll. Er wird vertreten durch die stellvertretende Vorsitzende, Frau Claudia Schneckenburger.

15 Anträge

15.1 Antrag der UWG- Fraktion vom 20.11.2017 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0186/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt nachstehende Ausschussbesetzung:

Rechnungsprüfungsausschuss

Ordentliches Mitglied	streiche	Heinrich Peter Weyen
	setze	Wolfgang Müller
Vertreter		
Vertreter 1	setze	Rita Henning
Vertreter 2	setze	Heinrich Peter Weyen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 4. Dezember 2017 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0189/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Sozialausschuss

Vertreter	streiche	Inge Goebels

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter	setze	Michaela Sciarrabba

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15.3 Antrag der UWG-Fraktion betr. Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken
Vorlage: ZD/0188/2017

Der Antrag wird an den Bau- Und Umweltausschuss verwiesen –siehe vor TOP 1-

16 Anfragen

16.1 Anfrage der SPD-Fraktion bez. sozialerWohnungsbau
Vorlage: ZD/0100/2017

Wie eingangs der Sitzung besprochen, ist die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

17 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

18 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Rates findet am 22. Februar 2018 statt.

19 Verschiedenes

Erster stellvertretender Bürgermeister Jürgens verweist nochmals auf die vorliegende Einladung zum Richtfest der Feuerwache Büderich und damit verbunden auf die Übergabe zweier neuer Feuerwehrfahrzeuge und bittet die Ratsvertreter um zahlreiches Erscheinen.

19.1 Nutzung eines Gewerbeobjektes zu Übernachtungszwecken

Ratsherr Müller erklärt, dass ein Gewerbeobjekt im „Officepark Büderich“ immer noch zu Wohnzwecken genutzt würde. Dies sei spätestens seit dem 27.10.2017 rechtswidrig. Auch die Abfallcontainer liefen über. Er zeigt sich verärgert über die Untätigkeit der Verwaltung.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist dies zurück. Sowohl der FB 1 als auch der FB 4 – Bauordnung würden den Zustand überwachen. Alle rechtlichen Möglichkeiten würden genutzt. Dies gelte auch für das weitere Vorgehen.

19.2 Mobile Verkehrsüberwachung des Rhein-Kreises Neuss auf der Uerdinger Straße in Meerbusch-Lank

Ratsherr Neuhausen stellt fest, dass die zur Verkehrskontrolle avisierte Blitzanlage auf der Uerdinger Straße immer noch nicht vom Kreis installiert sei. Nach wie vor sei starker LKW-Verkehr feststellbar Er bittet darum, den Landrat in dieser Sache zu erinnern.

19.3 Park- and Ride Parkplatz Meerbusch-Osterath

Zweiter stellvertretender Bürgermeister Eimer bedankt sich bei der Verwaltung für das schnelle Einschreiten beim Park + Ride Platz am Bahnhof Osterath. Der Platz sei von Pfützen übersäht gewesen, nach seinem Hinweis sei direkt Besserung erfolgt.

19.4 Besuch der französischen Gäste aus Fouesnant in 2018 - Aktuelle Programmplanung

Ratsherr Banse spricht den Organisatoren des Frankreichaustausches seinen Dank aus und fragt bei dieser Gelegenheit, wie der Sachstand bei der Vorbereitung des Besuches zum 50-jährigen Bestehens sei. Bürgermeisterreferent Björn Kerkmann informiert den Rat über den Stand der Dinge.

Meerbusch, den 20. Dezember 2017

Leo Jürgens Bürgermeisterin	Jürgen Wirtz Schriftführer/in